

www.schule-statt-panzer.de

schulestattpanzer@gmail.com

Keine Panzertests in Allach-Untermenzing

Stellungnahme der BI „Schule statt Panzer“

zur KMW-IGM-Kundgebung „pro KMW-Arbeitsplätze“ am Di. 18.01.2022

Die **Bürgerinitiative „Schule statt Panzer“** hat die gemeinsame Kundgebung der Geschäftsleitung von Krauss-Maffei Wegmann (KMW), dem KMW-Betriebsrat und der IG Metall München/Oberbayern gestern morgen vor dem Werksgelände des Rüstungskonzerns KMW GmbH und Co. KG mit hohem Interesse zur Kenntnis genommen.

Wir sind der Unternehmensleitung und ihren Arbeitnehmern dankbar für die Unterstützung eines Anliegens, das auch uns sehr am Herzen liegt: Die Frage, ob es in den 20-er Jahren unseres Jahrhunderts zeitgemäß ist, die größten und schwersten Panzer Europas auf dem Siedlungsgebiet der am schnellsten wachsenden Großstadt Deutschlands auf Testfahrt zu schicken, darf nicht mehr länger ein „rein lokales Problem“ des Münchner Nordostens sein. Sie gehört – mit all ihren Konsequenzen – in die breite Diskussion der Stadtöffentlichkeit in München!

Zur gestrigen Kundgebung nehmen wir wie folgt Stellung:

1) Besten Dank an die Medien!

Wir bedanken uns bei den lokalen Presse-, TV-, Rundfunk- und Online-Medien für die überwiegend sehr ausgewogene und faire Berichterstattung über die Veranstaltung.

***Erläuterung:** Als kleine Bürgerinitiative „vor Ort“ stehen uns die Möglichkeiten eines Großunternehmens mit entsprechenden Ressourcen in PR und ÖA, in Arbeitszeitbefreiung und Eventmarketing nicht im gleichen Maß zur Verfügung. Wir bitten daher um Verständnis dafür, dass unsere Stellungnahme erst einen Tag nach der Veranstaltung erfolgt.*

2) Kein Kampf gegen Arbeitsplätze, sondern für die Einhaltung geltenden Rechts

Die BI kämpft seit ihrer Gründung keineswegs „gegen Arbeitsplätze“. Aber sie kämpft mit aller Kraft gegen die Arroganz des größten Panzerbauers in Europa, der seit Jahrzehnten das Recht bricht und sich keinen Deut um seine Umgebung und deren berechnete Anliegen schert.

***Erläuterung:** Die **Strafanzeige der BI gegen KMW** (wegen illegalen Betriebs einer Testanlage) und die **Verwaltungsklage gegen die Stadt München** (wegen Vernachlässigung ihrer Kontrollpflichten) haben einen gemeinsamen Kern: Auch ein Großkonzern, der sich jahrzehntelang unangreifbar gefühlt hat, muss in seinem Tun und Handeln geltendes Recht anerkennen. Die allgemeinen Baugesetze und die Umweltbestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) müssen für eine Firma wie KMW ebenso gelten wie für Kleinbetriebe und Mittelständler. Es darf nicht sein, dass in Hinterzimmern immer wieder Ausnahmeregelungen zwischen Unternehmen und Stadt ausgekungelt werden, nur weil man es „immer schon so gemacht“ hat.*

Details zu diesen Punkten und ihrer Vorgeschichte gern im direkten Austausch mit der BI!

www.schule-statt-panzer.de

schulestattpanzer@gmail.com

Keine Panzertests in Allach-Untermenzing

3) Die BI stellt nicht das Unternehmen KMW in Frage. Sie kämpft gegen den illegalen, umweltschädlichen Betrieb der Panzerteststrecke in Allach.

Der Protest der BI richtet sich **nicht** gegen die Existenz der Firma KMW, sondern gegen den baurechtlich illegalen und umweltrechtlich nicht geprüften Betrieb einer Panzerstrecke. Unser Ziel ist es, beide Fragen endlich zu einer eindeutigen Klärung zu bringen. Und wenn erforderlich, muss die Strecke verlegt oder baulich verändert werden – und nicht das Recht verbogen!

Erläuterung: Wie eng diese Teststrecke wirklich mit Hauptverwaltung, F&E und Produktion gekoppelt sein muss, hat die KMW-Geschäftsleitung zu entscheiden.

Die Entscheidung über die Frage, ob sie überhaupt legal betrieben wird und – im Rahmen der Siedlungsgegebenheiten im Nordosten Münchens – den geltenden Umweltbestimmungen entspricht, obliegt den Zulassungsbehörden der Stadt München in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen im Land Bayern und der Bundesrepublik Deutschland.

Fazit

Die Bürgerinitiative „Schule statt Panzer“ ist nicht bereit, sich und ihre berechtigten Anliegen zum Sündenbock für Management-Fehlentscheidungen bei KMW machen zu lassen – weder vom Unternehmen noch von dessen Arbeitnehmern noch von einem Teil der politisch Verantwortlichen unserer Stadt.

Im Jahr 2022 muss ein milliardenschwerer, hoch profitabler Technologiekonzern von nationaler Tragweite in der Lage sein, eine vernünftige Trennung von Hauptverwaltung, Forschung und Entwicklung, Produktion und Produkttest-Anlage vorzunehmen. Ist er das nicht, dann liegt das nicht in der Verantwortung derer, die auf die Einhaltung allgemeiner Gesetze dringen.

Es geht hier nicht um „das Wohlergehen des Schwanzlurchs“, sondern um die Umsetzung von geltendem Bau- und Umweltrecht – und darüber hinaus um eine Grundsatzfrage für die städtebauliche Entwicklung Münchens.

Zukunftsblick

Das deutsch-französische Rüstungsunternehmen **KNDS**, dessen deutscher 50-Prozent-Partner die **KMW GmbH & Co. KG** seit 2015 ist, ist von den Regierungen beider Staaten beauftragt worden, bis 2035 das „landgestützte Hauptkampfsystem der Zukunft“ zu entwickeln - eine Art „Leopard +X“ - Waffensystem für die Armeen aller EU-Staaten. Dieses unter der Abkürzung **MGCS** bekannte System soll federführend von KMW entwickelt werden und perspektivisch bis 2075 einsatzfähig sein.

Wir erwarten daher für die nächsten Jahre eine Verlagerung der Aktivitäten bei KMW auf Forschung, Prototyp-Entwicklung und ein erhöhtes Aufkommen an Test- und Prüffahrten. Einschränkungen wie die Reduzierung der Anzahl von Testfahrten und verkürzte Betriebszeiten, wie sie das Unternehmen derzeit anbietet, halten wir angesichts der anstehenden Herausforderungen für eine kurzfristige Scheinlösung.